

GUATEMALA
Von der
Aktivistin zur
Gouverneurin
(Seite 21)



DEFENDEMOS NUESTROS DERECHOS
AL AGUA - AL TERRITORIO
A LA SEGURIDAD ALIMENTARIA
NO! A LA MINERIA



Der Ausverkauf Mittelamerikas Privatisierung und ihre Folgen



Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

„Wir sollten in Deutschland ein kleines bisschen mehr Milei und Musk wagen.“ Diese Aussage von FDP-Politiker Christian Lindner nach dessen Ampel-Sabotage ist bestimmt noch vielen von Ihnen/euch in Erinnerung. Nehmen wir den ehemaligen Bundesfinanzminister beim Wort, möchte er also wie sein ultraliberales Vorbild aus Argentinien die Kettensäge anlegen und den deutschen Staatsapparat beschneiden – eine Rhetorik, der sich übrigens auch schon Robert Habeck von den Grünen bediente, als es um die angeblich überbordende Bürokratie rund um das Lieferkettengesetz ging.

Hinter diesen Forderungen nach Deregulierung und Bürokratieabbau steht eine besorgniserregende Entwicklung, die weltweit vermehrt zu erkennen ist: ein fast religiöser Glaube an den freien Markt, aus Angst vor einem angeblich drohenden Sozialismus – so beschreibt es unser Gastautor Andreas Kemper. Der Münsteraner Soziologe beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Klassismus, Antifeminismus und Netzwerken am rechten Rand. Laut ihm wollen solche selbsternannten Anarcho-Kapitalisten (gendern ist hier nicht nötig) keine Freiheit von Autoritäten, sondern eine Freiheit vom Staat. Alle Macht soll stattdessen bei Unternehmen liegen – ohne rechtsstaatliche Kontrolle.

Ein wesentliches Element dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik sind Privatisierungen: die Umwandlung von öffentlichen

Gütern oder Dienstleistungen in privates Eigentum. Ein besonders problematischer Auswuchs davon sind komplett privatisierte Städte, wie sie u.a. seit 2020 in Honduras entstehen. Sie sind einem Privatunternehmen unterstellt, dem die legislative, exekutive und judikative Staatsgewalt weitgehend oder gänzlich übertragen wurde. Polizei, Gesetzgebung, Bildungssystem, Gesundheitssystem, Gefängnisse – alles in den Händen von wenigen Vermögenden. Demokratie und Sozialstaatlichkeit – Fehlanzeige.

Wird das Land wie von der ehemaligen honduranischen Regierung nicht freiwillig hergegeben, wird es sich in zentralamerikanischen Staaten oftmals einfach genommen. Das müssen insbesondere indigene Bevölkerungsgruppen immer wieder am eigenen Leib erfahren. Sie werden gewaltvoll von ihrem Besitz vertrieben, damit Unternehmen aus den dort vorhandenen Rohstoffen Profit schlagen können.

Jenen düsteren Ausverkauf Mittelamerikas – mit einem durchaus hellen Lichtblick am Ende – beleuchtet die aktuelle Ausgabe der *presente*.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!
Ihr/euer CIR-Team

PS: Der Redaktionsschluss lag kurz vor der Bundestagswahl.

Wenn Land in Mittelamerika privatisiert wird, dann oft für Megaprojekte wie Minen oder Staudämme. Indigenen Gemeinden sowie Kleinbäuerinnen und -bauern fehlt dann plötzlich die Lebensgrundlage. Mutige Proteste sind nicht immer erfolgreich. Die Bilder auf der Titelseite stammen alle von James Rodríguez (mimundo.org).



Mega-Projekte abwehren!
Indigene Gemeinden wehren sich seit Jahrzehnten gegen die Privatisierung von Land für den Profit von Unternehmen.



THEMA

Der Ausverkauf Mittelamerikas

- 4 JOANA EINK (CIR)
Land als Ware
Der indigene Kampf um Mitbestimmung und Landzugang
- 7 KIRSTEN CLODIUS (CIR)
Honduras:
Schlaraffenland für Privatstädte?
- 10 ANDREAS KEMPER
Privatstädte:
Unternehmen werden Regierungen
- 13 TESSA VON RICHTHOFEN (CIR)
Unser Wasser, unser Land, unsere Rechte
Gegenmodelle zur Privatisierung

KAMPAGNE

- 24 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Endlich Konsequenzen für Aurubis?
CIR reicht Lieferkettenbeschwerden ein
- 27 ANDERSON SANDOVAL, ALEJANDRA CASTRO DE KLEDE (CIR)
Landraub im Namen der Ölpalme

ÜBER UNS

- 30 Neues aus dem CIR-Team
- 31 Bestellschein

MITTELAMERIKA

- 18 MAIK PFLAUM (CIR)
EL SALVADOR
Urlaubsparadies am Abgrund
Bericht über ein Land der Gegensätze
- 21 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
GUATEMALA
„Wir Maya-Frauen können regieren!“
Interview mit der indigenen Gouverneurin Angelina Aspuac

Die CIR beim Kirchentag 2025

Mit Ihnen ins Gespräch zu kommen – das schätzen wir am Deutschen Evangelischen Kirchentag besonders. Vom 30.04. bis 04.05. sind wir in Hannover mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten (Themenbereich 5) vertreten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

FOTO: JAMES RODRÍGUEZ/MIMUNDO.ORG

IMPRESSUM



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero e.V.
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Tel. +49 (0)251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0)251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Alejandra Castro de Klede,
Kirsten Clodius,
Joana Eink (V.i.S.d.P.),
Miriam Instenberg,
Thorsten Moll,
Marie Norkus,
Maik Pflaum,
Anderson Sandoval,
Lea Schmidt,
Tessa von Richthofen,
Christian Wimberger

Lektorat:
Joana Eink,
Miriam Instenberg,
Annette Spitzmesser,
Lea Schmidt
Druck: Druckservice Roxel,
Münster, Februar 2025
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf
100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM
Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Teile der Veröffentlichung wurden mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und Engagement Global mit Mitteln des BMZ kofinanziert. Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Christliche Initiative Romero e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der Europäischen Union wieder.



Land als Ware

*Nirgendwo anders ist Land so ungerecht verteilt wie in Lateinamerika. Land ist längst zur Ware geworden, die weitgehend in Privatbesitz ist: Großgrundbesitzer*innen, Unternehmen und internationale Konzerne reißen immer mehr davon an sich – auch auf illegale Weise. Die ungleiche Verteilung ist besonders für die indigene Bevölkerung sowie Kleinbäuerinnen und -bauern prekär. Es fehlt an Land zum Leben und Bewirtschaften. Reformen haben daran bisher nur wenig geändert. Die CIR-Partnerorganisationen ANTA (El Salvador) und INEHSO (Honduras) setzen der Privatisierung und ungleichen Verteilung mit ihrem Ansatz des gemeinschaftlichen Landbesitzes etwas entgegen.*

TEXT: JOANA EINK (CIR)

HONDURAS

Das Leben der indigenen Maya Ch'ortí in Honduras' Westen ist aufs Engste mit dem Land verbunden. Die „tierra“ ist die Grundlage indigenen Lebens – und seit Ankunft der Kolonialisten bedroht. Der jahrhundertlange Kampf um Anerkennung und die Rückgabe indigenen Landes dauert bis heute an. Und hat tiefe Spuren hinterlassen. „Früher hatten wir eine spirituelle Intuition, die nun verloren gegangen ist“,

beschreibt Francisco Calderón Borjas aus der Maya Ch'ortí Gemeinde Choncó, Copán, eine der unzähligen negativen Folgen der Enteignung indigener Gemeinden. Mit dem Verlust des Landes geht auch ein Verlust der indigenen Kultur einher.

Die Vision der Maya Ch'ortí ist klar: ein Territorium mit einem offiziellen Landtitel, welcher ihnen Rechtssicherheit garantiert. Dafür haben sich im Jahr 1994 zahlreiche



«Wir verteidigen und schützen unser Territorium und retten unsere Identität.»

Das ist die Mission der Maya Ch'ortí, die von Santiago (links im Bild mit seiner Tochter, CIR-Referentin Alejandra, mittig, und Denia von INEHSO) angeführt werden.

Das Land dient den Maya auch zum Anbau traditioneller Heilpflanzen. INEHSO verkauft diese in einem Geschäft für indigene Heilkunde.



Maya Ch'ortí-Gemeinden im Nationalen Rat (CONICHH) organisiert. 1997 erreichte CONICHH ein Abkommen mit der Regierung zur Rückgabe von 14.700 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Staat sollte dieses Land von Großgrundbesitzer*innen kaufen, die die Maya Ch'ortí enteignet hatten, und es mitsamt Landtitel an die Gemeinden zurückgeben. Bis heute wurden jedoch nur 5.375 Hektar erworben und neun Landtitel verteilt – die Lobbyarbeit der Großgrundbesitzer*innen verhinderte die vollständige Umsetzung. Das Land verbleibt weitgehend in den Händen von Privatpersonen mit individuellen Landtiteln. Ein Konzept, welches der Lebensweise der Maya widerspricht. Die Anführer*innen von CONICHH fordern gemeinschaftliche Landtitel, um ihre Kultur vor Einmischung von außen zu schützen. Kinder und Enkelkinder sollen ihre Häuser auf demselben Land bauen können wie der Vater, der die Rolle des Heilers, Beraters und Oberhauptes der erweiterten Familie übernimmt.

„Das Überleben der Chortí-Kultur wird nur in dem Maße möglich sein, in dem das Land,

auf dem sie arbeiten und leben und das die Grundlage für ihr Handwerk und ihre Heilkunde bietet, nicht in den Händen einer einzelnen Person liegt, sondern gemeinschaftlich und für alle frei zugänglich ist“, fasst Anthropologe Adalid Martinez vom Institut Honduranischer Ökumenischer Gemeinschaftsdienste (INEHSO) zusammen.

Bei der Umsetzung des Abkommens von 1997 geht es für die Maya Ch'ortí um nicht weniger als die Rettung und Wiederbelebung ihrer Identität. INEHSO begleitet sie bei ihrem Kampf und fördert die Wiedergewinnung traditionellen Wissens.

EL SALVADOR

„Wir hoffen, dass wir bleiben dürfen“, sagt eine junge Frau, die sich mit ihrem kleinen Sohn und ihrer Mutter auf einem Landstück in San Juan Opico angesiedelt hat. Sie haben sich dort ein kleines Haus aus Wellblech gebaut. Das 5,5 Hektar große Grundstück, welches seit Langem brachliegt, haben sie besetzt. Ob sie und die 100 weiteren Familien, die sich hier niedergelassen haben, bleiben dürfen, ist ungewiss.

ANTA, die Vereinigung der Landarbeiter*innen El Salvadors, hat das bis dato unge nutzte Land identifiziert und die ehemals

Landlosen bei der Ansiedlung unterstützt. Die Organisation vertritt seit 1985 die Interessen von Kleinbäuerinnen und -bauern, von Landarbeiter*innen und Tagelöhner*innen. Die Übertragung von Land spielt dabei eine zentrale Rolle. Denn viele Landarbeiter*innen in El Salvador haben kein eigenes Land (mehr) und leben in großer finanzieller Armut.

Das Team von ANTA prüft daher nationale und kommunale Register auf Besitzverhältnisse von Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen. Denn ein im Rahmen des Friedensabkommens von 1992 bestätigter >



«Wir hoffen,
dass wir bleiben
dürfen.»

Die Familie lebt in Unsicherheit –
auf besetztem Land. Und engagiert
sich gemeinsam mit anderen Familien
für einen offiziellen Landtitel.

Verfassungsartikel besagt, dass niemand in El Salvador mehr als 245 Hektar landwirtschaftlich nutzbares Land besitzen darf. Darüber hinausgehendes Überschussland soll an Landlose übertragen werden. ANTAs Leitsatz: „Land ist keine Ware. Es ist für diejenigen da, die es bearbeiten.“

Die Menschen in San Juan Opico bangen darum, bleiben zu dürfen; um ein Zuhause für ihre Familien und um ihre Arbeit. Ihr unsicherer Alltag ist von Drohungen und Schikanen durch den Landbesitzer und die Polizei geprägt. Zwei Anwälte und der Generalsekretär von ANTA versuchen derweil weiter, dem Institut für Agrartransformation gegenüber darzulegen, dass der (angebliche) Besitzer keinen Anspruch auf das Land hat. Ein Einsatz mit vielen Widrigkeiten.

Der seit März 2022 andauernde Ausnahmezustand in El Salvador zählt dazu: „Der Ausnahmezustand soll der Regierung zufolge die Freiheit des Volkes garantieren, bedeutet für soziale Organisationen wie uns aber das Gegenteil: Angst vor Meinungsäußerung, vor Demonstrationen und Versammlungen an öffentlichen Plätzen“, erläutert Luis Moran von ANTA. Die Organisation wird außerdem kriminalisiert: Einer ihrer Anwälte wurde zu 17,5 Jahren Haft wegen Betrugsverdachts bei der Übergabe von Landtiteln verurteilt. „Die Kläger bieten einen Vergleich in Höhe von 50.000 US-Dollar an. Aber weder wir noch der Anwalt oder seine Familie verfügen über einen solchen Betrag.“ Da die Zahlung weder gerechtfertigt noch machbar wäre,

musste der Anwalt untertauchen, um sich der Haft zu entziehen. Nun muss er ums finanzielle Überleben kämpfen und fehlt bei der Verteidigung weiterer Fälle – wie der drohenden Zwangsäumung von 500 Familien einer Agrarreform-Genossenschaft durch eine Bank. Der Grund: Familien der Kooperative konnten Zahlungen nicht begleichen. Ein exemplarischer Fall, der zeigt, welche politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Mächte einem marginalisierten, kleinbäuerlichen Sektor gegenüberstehen. ■

Für Mitbestimmung und Landzugang

„Wir wollen den Kleinbäuerinnen und -bauern die Möglichkeit bieten, die Agrarpolitik des Landes mitzubestimmen.“ Das ist das erklärte Ziel der Vereinigung ANTA, welches sie mit unermüdlichem Einsatz verfolgt – und mit Erfolg! „Wir haben bereits mehr als 5.600 Hektar Land verteilt und an mehr als 6.000 Familien vergeben, die nun Landtitel und Urkunden für ihr Land besitzen“, berichtet Luis Moran.

Mit Ihrer Spende kann ANTA weiteren Familien Zugang zu Land ermöglichen und sich gegen die Kriminalisierung ihrer Arbeit zur Wehr setzen.

Stichwort «ANTA»

Vor paradiesischer Kulisse entsteht eine Stadt, in der Unternehmen die Regeln aufstellen.



HONDURAS: Schlaraffenland für Privatstädte?

*Eine Vision, von der Ultraliberale andernorts nur träumen, lässt sich in Honduras längst verwirklichen: die Errichtung privater Städte, die nicht den Gesetzen des Staates unterliegen und ihre eigenen Regeln aufstellen. Sie heißen „Zona de Empleo y Desarrollo Económico“ – kurz ZEDE. Der Widerstand der Bevölkerung ist enorm und auch die derzeitige Regierung stellt sich quer. Einmal in Gang gesetzt sind die Bagger der Investor*innen jedoch nur schwer zu stoppen.*

TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

In Honduras, auf der Karibik-Insel Roatán, entstand die erste von insgesamt drei genehmigten ZEDE, die inzwischen unter dem Namen Honduras Próspera ZEDE bekannt ist. Den Standort haben die Betreibenden sorgfältig ausgewählt. Roatán ist eine Perle der Natur mit exotischem Flair. Ausländisches Kapital in die (Wirtschafts)-Enklave zu locken, fällt von Beginn an leicht. Für Reiche entstehen attraktive Luxuswohnungen in paradiesischer Umgebung, Finanztechnologie-Unternehmen finden einen Ort ohne große Regulierung und auch

Versuchslabore der Biohacking-Szene zur Steigerung von Langlebigkeit sind vor Ort. Inzwischen zählen 200 Firmen zum Portfolio von Próspera. Sie bestimmen die Spielregeln selbst – mit verheerenden Konsequenzen für Umwelt und Menschenrechte.

Ein Land steht zum Verkauf

Als die Einrichtung der ersten ZEDE 2017 öffentlich wurde, führte dies zu Massendemonstrationen. Zivilgesellschaftliche Organisationen fürchteten eine Entwicklung, die nichts Gutes für das Land bedeuten konnte. >

Ein Staat im Staat

„Zona de Empleo y Desarrollo Económico“ – kurz ZEDE – bedeutet übersetzt „Zone für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung“. ZEDE sind Gebiete, die einem selbst entworfenen „Sonderregime“ unterliegen, in dem private Unternehmen staatliche Aufgaben übernehmen wie zum Beispiel Steuer- und Sicherheitspolitik. Sie sind extraterritoriale Enklaven, in denen weder nationale noch internationale Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards gelten. Sie bilden gewissermaßen einen Staat im Staat.

Bereits 2013 war das umstrittene Gesetz verabschiedet worden, das den Weg für die ZEDE auf honduranischem Staatsgebiet ebnete. Um es durchzusetzen, wurden sogar willkürlich vier Mitglieder der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs entlassen.

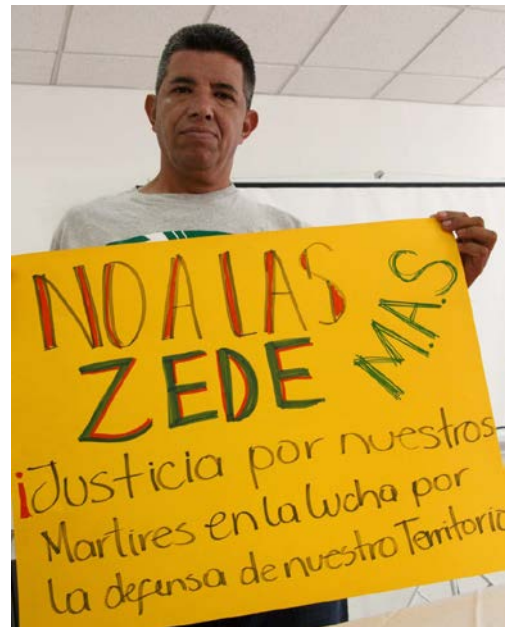
Das Motto des damaligen Präsidenten wurde Programm: „Honduras is open for business.“ Sein Nachfolger, Juan Orlando Hernández, der inzwischen in den USA wegen Drogenhandels im Gefängnis sitzt, schlug in dieselbe Kerbe. Im Schulterschluss mit den wirtschaftlichen Eliten wurden so viele Konzessionen zur Ausbeutung von Natur und Land erteilt wie nie.

Eine Gemeinde droht zu verschwinden

Besonders betroffen von der ZEDE Próspera ist die Gemeinde Crawfish Rock auf Roatán. Die einheimische Bevölkerung – eine indigene, Schwarze, englischsprachige Gruppe (BIPoC: Black Indigenous People of Color) – wurde von der Einrichtung der ZEDE komplett überrascht. Laut ILO-Konvention 169 hätte

sie bei einem Projekt, das ihr Territorium betrifft, vorab informiert und um ihre Zustimmung gebeten werden müssen. Doch selbst beim ersten Spatenstich 2020 glaubten die indigenen Insulaner*innen noch, es handle sich um den Bau eines weiteren Urlaubs-Resorts. Dass dies der Anfang einer künstlich angelegten Stadt war, die sich über die ganze Insel ausbreiten sollte, wurde erst später klar. Seither leisten die Indigenen heftigen Widerstand gegen die Ausdehnung der ZEDE Próspera. Auch das Versprechen der Schaffung von Arbeitsplätzen bewahrheitete sich nicht. Selbst auf die Baustellen brachte die Bauleitung ihre eigenen Leute mit.

Eine wichtige Lebensgrundlage in Crawfish Rock ist der Fisch. Doch der Zugang zum Hafen wird den Fischerfamilien jetzt durch die Mauern der Neubauten versperrt.



„Nein zu den ZEDE – Gerechtigkeit für unsere Märtyrer im Kampf für die Verteidigung unseres Territoriums!“ lautet die Aufschrift eines Protestplakats der bedrohten Gemeinde.

Christopher Castillo,
Koordinator von Arcah,
klärt die Öffentlichkeit über
die negativen Auswirkungen
der ZEDE auf.



Nach nationalem Gesetz dürfte so nah am Wasser gar nicht gebaut werden. Ein Zukunftsplan von Próspera zeigt die Bebauung des gesamten Gemeindegebiets. Käme es zur Durchsetzung dieses Plans, würde das Dorf Crawfish Rock ausgelöscht.

Weitere Entwicklung unklar

Als die Linksliberale Xiomara Castro 2021 Präsidentin wurde, bot sie mit dem Slogan „Honduras ist nicht käuflich“ dem Kapital die Stirn und kippte schließlich das Gesetz, das im September 2024 vom Obersten Gerichtshof offiziell für verfassungswidrig erklärt wurde. In der Folge wurde Honduras, das den ultraliberalen Investor*innen nun die einst versprochene freie Fahrt verwehrt, 2023 vor einem internationalen Schiedsgericht angeklagt. Gefordert werden Entschädigungszahlungen von knapp 11 Milliarden US-Dollar. Eine Summe, die das verschuldete Land im Fall einer Verurteilung nicht ohne Weiteres aufbringen können.

Die Abschaffung der ZEDE auf dem Papier zeigt allerdings in der Realität keine Wirkung. Die Eigentümer*innen von Próspera setzen

ihr Treiben unbehelligt fort. Christopher Castillo ist Koordinator der honduranischen Gemeinde- und Umweltorganisation Arcah, die eine wichtige Rolle im Widerstand gegen die ZEDE spielt. Seine Einschätzung der weiteren Entwicklungen ist besorgniserregend: „Es wird nun eine heftige internationale Kampagne von transnationalen US-Konzernen und Politiker*innen geben. Sie werden im Falle eines Stopps der ZEDE im US-Kongress und im Senat mit voller Unterstützung der Republikanischen Partei auf Wirtschaftssanktionen gegen Honduras drängen. Es steht zu befürchten, dass die honduranische Regierung wegen des politischen und wirtschaftlichen Drucks den bereits existierenden ZEDE rechtliche Kontinuität gewährt.“ Die damals geschlossenen Verträge versprachen Handlungsfreiheit für 50 Jahre. Für die Gemeinde in Crawfish Rock käme jede Hilfe zu spät. ■

Honduras steht NICHT zum Verkauf: Gemeinsam gegen ZEDE

Unsere Partnerorganisation CDM setzt sich für die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten in Honduras ein. Sie ist treibende Kraft der zivilgesellschaftlichen Koalition gegen Straflosigkeit (CCI) und vereint über 30 Organisationen, die gemeinsam gegen Korruption, für demokratische Teilhabe und gegen die ZEDE kämpfen. Sie artikulieren sich als „Nationale

Bewegung gegen die ZEDE“ und werden von CDM dabei unterstützt, wirkungsvolle Kampagnenarbeit zu leisten und Aktivist*innen Schutz zu bieten, die für die Verteidigung ihrer Menschenrechte verfolgt werden.

Setzen Sie mit Ihrer Spende ein Zeichen gegen die ZEDE!

Stichwort «DEMOKRATIE IN HONDURAS»

Achtung, ab hier regiert der Kapitalismus. Der Staat hat in so genannten Privatstädten keinerlei Einflussnahme: Gesundheit, Bildung, Polizei und Justiz unterliegen vollends Privatunternehmen.



PRIVATE

PRIVATSTÄDTE: Unternehmen werden Regierungen

*Soziologe Andreas Kemper bezeichnet Privatstädte als „Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus“, eine extreme Form des Kapitalismus ohne staatliche Steuerung. In Honduras gibt es bereits drei solcher Städte. Wie Unternehmensinteressen Rechtsstaatlichkeit verdrängen und deutsche Akteur*innen, allen voran die AfD, an der Entstehung und Finanzierung von Privatstädten im Globalen Süden beteiligt sind, hat er für die CIR beleuchtet. TEXT: ANDREAS KEMPER*

Mit der Entstehung des Kapitalismus wurden die Leibeigenschaft und die Sklaverei abgeschafft, die Menschen wurden vermeintlich frei. Vermeintlich, weil sie in einer Gesellschaft lebten, in der Alles einigen wenigen Eigentümer*innen gehörte. Der Vermögenshistoriker Thomas Piketty kennzeichnete diese Gesellschaften als „Eigentümergeellschaften“ und die vorherrschende Ideologie als „sakralen Proprietarismus“

(von „proprium“; „property“ = Eigentum). Die Eigentumsverhältnisse galten als sakral, als heilig, und wer sie in Frage stellte, beging ein Sakrileg. Es gab keine Arbeitnehmer*innenrechte, kein Wahlrecht, keine Gewerkschaften, keine freie Bildung und keine Schulpflicht, sondern Kinderarbeit.

Diese Erscheinungsform des Kapitalismus wurde zumindest in Europa und Nordamerika nach und nach zurückgedrängt.

Wahlrecht, Sozial- und Krankenversicherungen, Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innenrechte, gesetzlich verankerte Menschenrechte wurden erkämpft. Doch diese Rechte sind nicht sicher und werden mit Privatisierungen und vor allem mit Privatstädten bzw. „Charter Cities“, der Privatisierung in Extremform, wieder zurückgedrängt.

Auf dem Weg zur totalen Privatisierung

Im Jahr der Weltwirtschaftskrise von 2008 wurden die ersten Privatstadt-Ideen veröffentlicht: PayPal-Mitgründer Peter Thiel spendete an den Enkel von Milton Friedman (dessen neoliberale Forderungen unter Pinochet umgesetzt wurden) drei Millionen US-Dollar, damit dieser seine Privatstadt-Ideen umsetzen konnte. Und tatsächlich war Friedman junior später – wieder mit finanzieller Unterstützung von Thiel – an der Entstehung des Privatstadtprojekts Próspera in Honduras (siehe auch Seiten 7-9) beteiligt. Privatstädte sind Privatrechtsgesellschaften, in denen alles – Gesundheit, Bildung, Polizei, Justiz – von Privatunternehmen organisiert wird: die totale Privatisierung.

Privatstädte als Entwicklungspolitik: die Interessen der Rechten

Während also im Norden der Kapitalismus mit Demokratie und Sozialstaat „gezähmt“ wurde, zeigen sich im Globalen Süden Zustände, die dem Manchesterkapitalismus ähneln. Immer wieder wurden dafür von unternehmenseigenen Privatarmeen oder mit Unterstützung aus dem Norden gewählte Regierungen gestürzt. So auch im Juni 2009 in Honduras, als Präsident José Manuel Zelaya

– mit Unterstützung der USA – vom honduranischen Militär abgesetzt wurde.

Wurde dieser Putsch von progressiven Regierungen Lateinamerikas kritisiert, kam aus Deutschland Unterstützung. Der damalige Leiter der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung Mittelamerika, Christian Lüth, rechtfertigte und legitimierte den Putsch, indem er einen Regierungsvertreter nach Berlin einlud. Ausgerechnet dieser hatte die Privatstadt-Idee für Honduras ins Rollen gebracht.

Christian Lüth wechselte später von der FDP zur AfD und wurde von deren ehemaliger Pressesprecherin, Dagmar Metzger, zu ihrem Nachfolger gemacht. Dies war kein Zufall: Metzger hatte 2013 die Anschubfinanzierung der AfD durch den deutschen Milliardär August von Finck gemanagt. Finck etablierte zeitgleich das 'Mises-Institut', das alle Staatlichkeit durch Privatunternehmen ersetzen will. Dort wurde auch mehrfach der Privatstadt-Idee Raum gegeben. Im Sinne dieser Ideologie beantragte die AfD 2021 im Bundestag, die bisherige Entwicklungspolitik durch die Errichtung von „Charter Cities“ zu ersetzen.

Lüth, der wegen faschistoider Äußerungen selbst für die AfD als Pressesprecher untragbar geworden ist, arbeitet seit 2024 für den rechten AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt, wo er enge Verbindungen zur Identitären Bewegung hat. Der Kopf der Bewegung, Martin Sellner, skizzierte während des berühmten Geheimtreffens von Potsdam die Errichtung deutscher „Charter Cities“ in Nordafrika, um dorthin mehrere Millionen Menschen zu deportieren („Remigration“). Ein ähnlicher Plan könnte nun in den USA in Zusammenarbeit mit El Salvador >



Eine Luftansicht des salvadorianischen Mega-Gefängnis CECOT (kurz für Zentrum zur Eindämmung des Terrorismus). Präsident Bukele bietet den USA an, Kriminelle und Migrant*innen gegen Gebühr zu inhaftieren. Tammy Bruce, Sprecherin des US-Außenministeriums, kommentiert wie folgt: „Und in einer außergewöhnlichen Geste, die noch nie zuvor von einem Land gewährt wurde, bot Präsident Bukele an, gefährliche amerikanische Kriminelle in seinen Gefängnissen unterzubringen, darunter auch US-Bürger und Personen mit legalem Aufenthalt.“

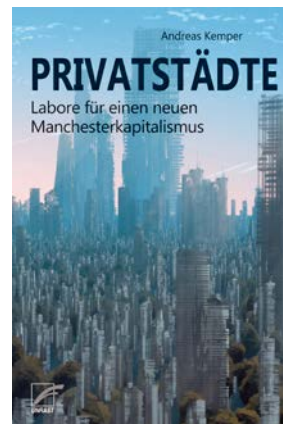
verwirklicht werden, dessen Präsident Bukele mit den USA ein Migrations-Abkommen schloss. In seinem Gefängnis CECOT, welches mit 40.000 Insassen die Größe einer mittelgroßen Stadt hat, möchte er Migrant*innen, aber auch US-Kriminelle gegen Gebühr aufnehmen.


Dystopische Auswüchse: Privatstädte „für“ Klimageflüchtete

In Deutschland unterstützt nicht nur die AfD die Privatstadt-Bewegung. Ein Tochterunternehmen der Technischen Universität München organisierte eine Investorenkonferenz zur Entwicklung von Próspera. Anwesend war dort der deutsche Privatstadt-Unternehmer Titus Gebel, der mit seinem Versuch, heimlich auf der westafrikanischen Insel Sao Tomé eine Privatstadt zu errichten, noch scheiterte. Er diskutierte mit dem damaligen griechischen Minister für Asyl und Migration die Errichtung von Migrations-Privatstädten und versucht nun, dieses Projekt mit Christian Kälin zu verwirklichen. Kälin ist Chef des milliardenschweren Passhandel-Unternehmens Henley & Partners, das Reichen Staatsangehörigkeiten vermittelt. Nun wollen Kälin und Gebel eigene Städte bauen: börsennotierte, entpolitisierte, entdemokratisierte Städte für Klima-Migrant*innen. Hierbei handelt es sich um eine sehr perfide Form von Klimaklassismus. Klimaklassismus meint,

dass der Klimawandel vor allem von den Reichsten ausgeht, die Ärmsten besonders trifft und die Klimamaßnahmen sich gegen Ärmere richten: Wie wir schon im Zuge der Flutkatastrophe von New Orleans sahen, finden städtische Restrukturierungen zugunsten der Reichen statt. Wo die Erde in den nächsten zwei Jahrzehnten (un)bewohnbar sein wird, um dort entsprechende Privatstädte „für“ Geflüchtete zu errichten, wurde bereits bei zwei Konferenzen 2023 und 2024 erörtert...

Andreas Kemper ist freischaffender Soziologe mit den Themen Klassismus, Faschismus, Antifemismus und Proprietarismus sowie Autor des Buches „Privatstädte – Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus“.





Der Rio Marañon in Peru ist der erste Fluss weltweit, der als Rechtssubjekt anerkannt wurde. Ihm wurde u.a. das Recht zugestanden, frei zu fließen und von Verschmutzung befreit zu sein.

Unser Wasser, unser Land, unsere Rechte

Gegenmodelle zur Privatisierung

Privatisierung von Land und Gemeingütern, industrielle Landwirtschaft und die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen haben in Mittelamerika drastische Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Besonders der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist betroffen. Doch es gibt Alternativen, die zeigen, wie solidarische Modelle und rechtliche Innovationen diesen Entwicklungen etwas entgegensetzen können.

TEXT: TESSA VON RICHTHOFEN (CIR)

Wassergenossenschaften: lokale Selbstverwaltung in El Salvador

El Salvador befindet sich in einer schweren Wasserkrise. Faktoren wie die Klimakrise, die zunehmende Entwaldung sowie der massive Wasserverbrauch durch Zuckerrohrplantagen verschärfen die ohnehin geringe Verfügbarkeit von sauberem Wasser. Besonders in ländlichen Regionen ist die Versorgungslage kritisch: Knapp 50 Prozent der Bevölkerung sind laut der Alianza Nacional

contra la Privatización (Nationale Allianz gegen die Privatisierung) von Wasserunsicherheit betroffen.

Angesichts der Unfähigkeit des Staates, die Versorgungslücke zu schließen, hat sich eine besondere Bewegung hervor getan: Mit den Juntas de Agua, ehrenamtlich verwalteten Wassergenossenschaften, treten die Gemeinden in El Salvador dem rücksichtslosen Umgang mit den Wasserressourcen ihres Landes entgegen. Finanziert durch geringe Mitgliedsbeiträge, stellen die rund 2.500 Genossenschaften die nötige Infrastruktur >



Ein Wandbild an einer Kirchenmauer in El Salvador stellt die dramatischen Auswirkungen eines Staudammprojekts dar.

für die Wasserversorgung für 30 Prozent der gesamten Bevölkerung zur Verfügung.

Lokale Selbstverwaltung wird hier mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Pedro Cabezas von der CIR-Partnerorganisation Asociación para el Desarrollo de El Salvador (CRIPDES) bezeichnet die Genossenschaften deshalb auch als Gegenmodell zur Privatisierung. Denn die Kooperativen leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Deckung eines Grundbedürfnisses, sondern stellen auch eine politische Kraft im Land dar. CRIPDES vernetzt und mobilisiert die zahlreichen Genossenschaften und unterstützt sie dabei, sich gegen die drohende Privatisierung des Wassers zu verteidigen.

Community Land Trusts: Schutz für Gemeinschaften und Ressourcen in Honduras

Auch in Honduras ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser keine Selbstverständlichkeit. Durch Bergbau- und Wasserkraftprojekte werden immer mehr natürliche Wasservorkommen privatisiert und verschmutzt. Viele dieser Projekte sind illegal, denn meist kommen die staatlichen Institutionen ihrer Pflicht nicht nach, das Einverständnis der lokalen Bevölkerung einzuholen. Doch einige Gemeinden setzen sich auf innovative Weise zur Wehr: mit einem Community Land Trust (CLT, Gemeinschaftlicher Landfonds). Das Konzept basiert auf einer nicht gewinnorientierten Organisation, die Boden erwirbt,

während die Bewohner*innen die Häuser darauf besitzen oder mieten. In Honduras wird das Modell genutzt, um Umweltressourcen von kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung für einkommensschwache ländliche Gemeinschaften zu schützen.

Die Fundación Eco Verde Sostenible (FECOVESO) ist so ein regionaler Land Trust, der Land kauft, verwaltet und auf diese Weise laut eigener Aussage die Wasserquellen von 16 Dörfern in den Bergen um Cortés schützt. Dieses gemeinschaftsbasierte Eigentumsmodell sorgt dafür, dass die Gebiete nicht von externen Akteur*innen aufgekauft werden können, welche die Wasserressourcen der Gemeinschaften gefährden würden. Das garantiert den Bewohner*innen langfristige Sicherheit über ihr Land, verhindert Bodenspekulation und Vertreibungen und befähigt die Gemeinschaften, ihre Entwicklung selbst zu steuern. Gleichzeitig wird durch die nachhaltige Verwaltung der Ressourcen ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet.



Gemeingut Wasser: Menschenrecht oder Wirtschaftsfaktor?

Rechte der Natur: Ein globales Konzept für Nachhaltigkeit

In den vergangenen Jahren hat ein Konzept an Bedeutung gewonnen, das der Privatisierung von Land und Ressourcen neu begegnet: die Rechte der Natur.

Die Idee, der Natur juristische Rechte zu verleihen, hat ihren Ursprung in den Traditionen indigener Gemeinschaften, die den Menschen als integralen Teil eines größeren ökologischen Systems verstehen. Damit bricht das Konzept radikal mit der westlichen, anthropozentrischen Sicht, welche die Natur lediglich als Ressource für den Menschen betrachtet.

Im März 2024 errang der Verband der Kukama-Frauen „Huaynakana“ in Peru mit Hilfe dieses Konzeptes einen historischen Erfolg: Der Marañón wurde als erstes Gewässer des Landes zum Rechtssubjekt erklärt. Als Hauptquellfluss des Amazonas spielt er eine zentrale Rolle im ökologischen Gleichgewicht der Region. Die Kukama-Frauen wollten die

ständigen Ölverschmutzungen nicht länger hinnehmen und klagten erfolgreich. Das Gericht erkannte dem Fluss das Recht zu, frei zu fließen, in ein gesundes Ökosystem eingebettet und frei von Verschmutzung zu sein. Zudem erhielt der Fluss das Recht, sich vor Gericht für seine Unversehrtheit vertreten zu lassen. Die Anerkennung des Marañón und seiner Nebenflüsse als lebende Einheiten verpflichtet den Menschen dazu, schadensverursachende Eingriffe zu verhindern oder zu ahnden.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Die Herausforderungen in El Salvador, Honduras und weltweit zeigen, dass ein Umdenken erforderlich ist. In einer Zeit, in der ökologische und soziale Krisen zunehmend miteinander verwoben sind, bieten die vorgestellten Gegenmodelle zur Privatisierung interessante Lösungsansätze und Alternativen für eine Welt, in der Gemeingüter nicht privatisiert, sondern solidarisch verwaltet werden. ■

Goldbergbau bedroht El Salvadors Wasserversorgung

Im Dezember 2024 hat El Salvadors Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Goldbergbau in dem ökologisch fragilen Land wieder zulässt. Damit wurde das weltweit einzigartige Bergbauverbot, für das unsere Partnerorganisation CRIPDES jahrelang gekämpft hatte, gekippt. Während Präsident Nayib Bukele der Bevölkerung Wohlstand verspricht, birgt der hochgiftige Goldbergbau vielmehr ein immenses Risiko, insbesondere für die Wasserquellen des Landes.



Gerade jetzt ist die Arbeit von CRIPDES wichtiger denn je.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, El Salvadors Wasserquellen zu schützen und den Menschen eine nachhaltige Zukunft ohne Bergbau zu ermöglichen!

Stichwort «CRIPDES»

Honduras

Gewaltsamer Landkonflikt in Honduras eskaliert



Die Not ist groß. In solchen behelfsmäßigen Unterkünften leben die vertriebenen Familien.

Im fruchtbaren Aguán-Tal im Norden von Honduras kämpfen Bauerngemeinden seit Jahren um ihr Recht auf Land und Nahrung. Der Landesteil ist geprägt von riesigen Plantagen der Agrarindustrie, die zumeist dem Palmöl-Export dienen. Die großen Monokulturen sind weder umweltfreundlich noch kommen sie den Menschen zugute. Die Produzierenden sind auf der Suche nach immer mehr Land, um ihre Profite zu steigern.

Der Palmölhersteller Dinant wird seit Jahren für massive Vertreibungen und Gewalt verantwortlich gemacht.

Jetzt spitzt sich der Konflikt zwischen Dinant und Bewohner*innen im Aguán-Tal dramatisch zu. Vor einigen Wochen wurden aus einer Gemeinde 500 Menschen gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Sie verloren ihr Zuhause und ihr gesamtes Hab und Gut. Auch in den Nachbarsiedlungen werden Kleinbäuerinnen und -bauern verfolgt, verletzt und bedroht. 2025 wurden bereits drei Menschen ermordet.

Helfen Sie den vertriebenen Familien in Not mit Ihrer Spende! Von 35 Euro kann ein Kind eine Woche lang mit Essen versorgt werden.

Stichwort «MRV-FONDS»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für:

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung

El Salvador

Gemeinsam stark!

Klein, aber sehr aktiv und engagiert im Textilbereich El Salvadors ist die Gewerkschaftsföderation SITRASACOSI. Die Mitgliedsgewerkschaften fertigen unter anderem für Marken wie Adidas, Reebok und Fruit of the Loom. SITRASACOSI schult Näher*innen für Gewerkschaftsgründungen, betreut Einzelfälle, knüpft internationale Kontakte und leistet Öffentlichkeitsarbeit.

Seit der Gründung von SITRASACOSI ist die CIR ihre wohl wichtigste und treueste Unterstützerin. Nur dank unserer konstanten Förderung in Höhe von 13.000 Euro pro Jahr kann SITRASACOSI zwei sehr aktiven Frauen je eine halbe Stelle bezahlen, um die Arbeiter*innen verlässlich zu beraten und zu unterstützen.



Maik Pflaum (CIR) mit der Gründerin von SITRASACOSI, Estela Ramirez.

Damit das auch 2025 so bleibt, bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort «SITRASACOSI»

Nicaragua/Costa Rica

Mehr Sicherheit im Nachbarland

Zwischen 2018 und 2022 hat Costa Rica mehr als 190.000 Nicaraguaner*innen aufgenommen. Das entspricht über 3,5 Prozent der Bevölkerung Costa Ricas. Die Migrant*innen stehen vor großen Herausforderungen, um Zugang zu grundlegenden Rechten wie Bildung, Gesundheit oder Arbeit zu erhalten.

Unsere Partnerorganisation CEJIL schützt die Rechte nicaraguanischer Migrant*innen. Mit Kommunikationskampagnen, die sich an lokale öffentliche Institutionen in Costa Rica wenden, klärt CEJIL die Mitarbeitenden über die Situation nicaraguanischer Menschen auf und schafft ein Bewusstsein für die Gefährdung der Migrant*innen.

Damit wir CEJIL beim Schutz der Rechte dieser Menschen unterstützen können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen.

Stichwort «MIGRATION»

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

**IHRE
SPENDE
HILFT**

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



Der renovierte Nationalpalast (links) und die neue Nationalbibliothek im Zentrum von San Salvador, das jetzt sicher genug für nächtliche Spaziergänge ist. Die Regierung wirbt mit dem florierenden Tourismus - die Schattenseiten des Ausnahmezustands verschweigt sie lieber.

Urlaubsparadies am Abgrund

*Entspanntes Flanieren in der Hauptstadt, beängstigende Gewalt auf dem Land. Verzweifelte Armut bei Fabrikarbeiter*innen, prunkvolle Luxus-Apartments für Reiche. El Salvador präsentierte sich Ende 2024 während unserer Reise zu unseren Partnerorganisationen erneut als Land der harten Gegensätze.*

TEXT: MAIK PFLAUM (CIR)



Das alles bestimmende Thema in El Salvador ist der seit drei Jahren andauernde Ausnahmezustand. Grundlegende Rechte werden ausgehebelt, es herrscht die reine Willkür. Wer im oftmals unbegründeten Verdacht steht, eine Straftat begangen zu haben, oder auch nur in einen Autounfall verwickelt wird, kann ohne Anklage zwei Jahre in Untersuchungshaft verschwinden. Die Zustände in den überfüllten Gefängnissen sind katastrophal. So schüchtert Präsident Nayib Bukele das ganze Land ein.

Ruhe in der Stadt, Krieg auf dem Land

Gewählt wurde Bukele einst für sein Versprechen, die tödliche Bandenkriminalität in den Griff zu bekommen. In den Städten hat er Wort gehalten. Spaziergänge durchs einst verrufene Zentrum San Salvadors sind sogar nachts gefahrlos möglich. Die Bevölkerung genießt dieses enorme Plus an Lebensqualität. Bis Mitternacht strömen die Massen über die zentralen Plätze.

Apartments in Surf City
können sich nur die
Wohlhabenden leisten.
In den ländlichen Gebieten
El Salvadors herrschen
Armut und Gewalt.



Neben dem renovierten Nationalpalast findet sich ein neuer Park mit Springbrunnen und vor der Kathedrale eine kleine Basketball-Arena mit Tribüne, in der jugendliche Teams um den Ball kämpfen. Gleich daneben steht das hell erleuchtete Prunkstück: die neue Nationalbibliothek BINAES, erbaut und finanziert von China. Salvadorianer*innen und Tourist*innen wuseln die Treppen hinauf und hinunter. Man kann kostenlos Videogames spielen oder in Reiseführern und Fantasy-Romanen blättern. Kritische Literatur, die zum Nachdenken anregt, gibt es allerdings nicht. Brot und Spiele ja, aber bitte keine Bildung!

In den ländlichen Gebieten hingegen herrscht das Militär mit Gewalt. Es umstellt ganze Kleinstädte und durchkämmt sie tagelang, Hütte für Hütte. Wer verdächtig wirkt oder einfach Pech hat, wird als Bandenmitglied verhaftet. Mittlerweile beläuft sich die Zahl auf 80.000 Verhaftete. Übergriffe häufen sich, die Zahl der Vergewaltigungen und Teenagerschwangerschaften ist deutlich gestiegen. Eine Frau erzählt uns: „Früher hatten wir vor den Maras (Banden, Anm. d. Red.) Angst, heute vor dem Militär.“

Die Schere geht weiter auseinander

Die Armut wächst wieder, auch aufgrund der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Der Mindestlohn in einer Maquila, einer Weltmarktfabrik für Bekleidung, beträgt

365 US-Dollar im Monat. Der erweiterte Warenkorb für eine Familie kostet 900 US-Dollar. Selbst bei zwei Verdienere*innen bedeutet dies ein Leben in Armut. Noch verzweifelter ist die Situation für Tagelöhner*innen auf dem Land: Sie verdienen pro Tag zwischen sechs und zehn US-Dollar.

Gleichzeitig breitet sich die funkelnde Welt der Wohlhabenden unaufhaltsam aus. In der Hauptstadt und an der Küste, speziell bei Bukeles Surf-City-Projekt „La Libertad“, herrscht ein regelrechter Bauboom. Apartments werden noch vor Fertigstellung für 250.000 US-Dollar und mehr verkauft. Ab 500.000 US-Dollar ist der Erwerb sogar steuerfrei. Für die Bauprojekte, die meist als „Tourismusförderung“ deklariert sind, werden Agrarkooperativen und Landwirt*innen enteignet. Neubauten nehmen keine Rücksicht auf ökologische Belange. Protest dagegen wäre lebensgefährlich.

El Salvador ist an der Grenze zur Überschuldung, die Verschuldung hat unter Bukele drastisch zugenommen. Bei einem Gesamthaushalt von etwa neun Milliarden US-Dollar muss das Land 2025 drei Milliarden an Zinsen für Kredite bezahlen. Bei vielen Ministerien gab es schmerzhaftes Kürzungen, die die Ärmsten am härtesten treffen. So bekommt das bereits unterfinanzierte Gesundheitsressort 155 Mio. US-Dollar weniger, dem Erziehungsministerium fehlen 34 Mio. und dem Landwirtschaftsministerium 68 Mio. US-Dollar. >



Treffen mit Kleinbauern einer ANTA-Agrar-Kooperative. Weil ihr Land direkt an die Küste grenzt, haben sie große Angst, vertrieben zu werden. Links am Tisch: CIR-Länderreferent Maik Pflaum.

Die Zivilgesellschaft wehrt sich – mit Erfolg!

Trotz der repressiven Bedingungen arbeiten die Partnerorganisationen der CIR weiter, viele von ihnen sind ans Kämpfen gewöhnt. So hat die landwirtschaftliche Organisation ANTA erreicht, dass auf besetztem Land, das über 100 Familien eine Heimat bietet (siehe S. 5-6), Strom verlegt wurde. Eine enorme Erleichterung ihres Alltags! Und dank eines BMZ-geförderten Projekts der CIR konnten 50 Besitztitel für Land an die Bewohner*innen übertragen werden. Dies erhöht den Schutz vor Vertreibung deutlich. Eine andere CIR-Partnerorganisation hat es geschafft, dass entlassene Maquila-Arbeiterinnen wieder eingestellt und entschädigt wurden.

Zahlreiche Organisationen lassen sich nicht mundtot machen. Eine juristische Vereinigung erklärt in Faltblättern, warum der Ausnahmezustand ein Verfassungsbruch ist. Eine andere Organisation analysiert die desaströsen Wirtschaftszahlen der Regierung auf verständliche Weise und leistet so wichtige Aufklärungsarbeit gegen die von Bukele dominierten Medien und das Bild vom „Paradies El Salvador“ in den sozialen Netzwerken.

Die Verwundbarsten als Maßstab

Auch wenn sich die Sicherheitslage vordergründig verbessert hat: Über jedem Menschen in El Salvador schwebt das Damoklesschwert einer willkürlichen Verhaftung oder Gewaltanwendung durch die Staatsorgane – von den enormen Teuerungsraten und dem Ausbluten des Gesundheits- und Bildungssektors ganz zu schweigen.

Die Mitarbeiterin einer basiskirchlichen Organisation bringt es auf den Punkt: „Keine Maßnahme mit noch so positivem Effekt kann Ungerechtigkeiten entschuldigen.“ Recht muss immer daran gemessen werden, ob die Verwundbarsten Zugang dazu haben. Dies ist in El Salvador aktuell nicht der Fall. ■

Kritische Stimmen unterstützen!

Neben der Einschüchterung durch drohende Verhaftungen und der massiven Diffamierung kritischer Stimmen in den sozialen Medien wurden auch die Auflagen für Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften unter der Regierung Bukeles drastisch verschärft. Darunter leiden auch die Partnerorganisationen der CIR.

Selten zuvor war es so wichtig, die kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft in El Salvador zu stärken – und ihnen ausreichende Mittel an die Hand zu geben, um jene zu unterstützen, die unter den Auswirkungen und der Willkür des Ausnahmezustands leiden.

Diese wichtige und oftmals gefährliche Arbeit unserer Partnerorganisationen kostet Geld. Bitte helfen Sie mit einer Spende!

Stichwort «EL SALVADOR»



Angelina Aspuac im Gespräch mit CIR-Referent Christian Wimberger (oben) und in ihrer neuen Rolle als Gouverneurin der Region Sacatepéquez (unten).

„Wir Maya-Frauen können regieren!“ Was Angelina Aspuac als Gouverneurin von Sacatepéquez verändern möchte

Von der Maya-Basis in die Politik: Seit April 2024 ist Angelina Aspuac Gouverneurin der Region Sacatepéquez. Zuvor leitete sie die Organisation AFEDES, die sich für die Rechte der Maya-Weberinnen einsetzt. Als langjährige Unterstützerin von AFEDES gratuliert die CIR herzlich zu diesem Erfolg! Anfang dieses Jahres sprach Christian Wimberger mit der mutigen Frau über ihren Weg in die Politik – und die Herausforderungen, vor die ihre neue Aufgabe sie stellt. INTERVIEW: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Angelina, wie kam es dazu, dass du Gouverneurin wurdest? Für uns bei der CIR war das eine große Überraschung.

„ Aus Entrüstung über die Diskriminierung und Ausbeutung indigener Frauen in Guatemala habe ich vor vielen Jahren angefangen, bei der Organisation AFEDES zu arbeiten, die meine Mutter gegründet hat. AFEDES setzt sich dafür ein, das kulturelle Erbe der

Maya-Weberinnen zu bewahren und es vor der Ausbeutung durch Bekleidungsunternehmen zu schützen.

Für uns gab es lange Zeit keine Möglichkeit, an politischen Entscheidungen teilzuhaben. Es gab zwar seit 1996 lokale Entwicklungsräte für die Zivilgesellschaft. Dort waren aber nur mestizische¹⁾ Frauen beteiligt. Sie haben uns indigene Frauen ausgeschlossen und gesagt, dass wir die Geschichte nicht kennen. >

¹⁾ In Lateinamerika gebräuchliche Bezeichnung für Menschen mit europäischen und indigenen Wurzeln.



Indigene Frauengruppen wie unsere Partnerorganisation AFEDÉS mischen politisch immer mehr mit – sie trugen mit ihren Protestaktionen u. a. maßgeblich dazu bei, dass der gewählte Präsident Bernardo Arévalo sein Amt antreten konnte.



Bevölkerung aus ihrer untergeordneten Position herauszuholen. Vor allem das Department Sacatepéquez ist sehr rassistisch. Hier leben viele indigene Menschen. Ihr kultureller Einfluss wurde aber systematisch zurückgedrängt. Viele Indigene leugnen ihre Identität. Das ist schwierig für mich. Aber viele Frauen und Mädchen, auch die mit bikulturellem Hintergrund, sind stolz darauf, dass eine Frau Gouverneurin ist.

Welche konkreten Pläne verfolgst du, um die Armut der Indigenen zu bekämpfen?

So wie die Institutionen hier funktionieren, kann man nicht alles von einem Tag auf den anderen ändern. Ein großer Teil meiner Arbeit besteht darin, die politischen Pläne und Gesetze der Regierung umzusetzen. Ich bin die Präsidentin des regionalen Entwicklungsrats, der über das Budget entscheidet. Ich entscheide aber nicht allein, sondern mit den Bürgermeister*innen und Institutionen. Es war für mich nicht einfach, mich als Chefin zu positionieren. Viele Mitarbeitende der Institutionen arbeiten gegen mich. Als Gouverneurin könnte ich die Leute strenger auf Linie bringen. Aber das ist nicht meine Art. Ich will sie dazu bringen, aus Überzeugung mitzuarbeiten.

Dieses Ausmaß an Rassismus kannte ich vorher nicht. Nach und nach wurden wir aber immer kritischer und haben die Teilhabe eingefordert. Ich habe mich zur Wahl gestellt und wurde gewählt.

Eine Zusammenarbeit mit den letzten Präsidenten Jimmy Morales und Alejandro Giammattei kam für mich aber nicht infrage. Als Bernardo Arévalo Präsident wurde und versprach, die Korruption zu bekämpfen, änderte sich die Situation. Die Kameradinnen von AFEDÉS ermunterten mich, für das Gouverneursamt zu kandidieren. Am Anfang hatte ich Angst. Aber dann sagte ich mir: Wir indigenen Frauen können regieren! Ich habe dann über Facebook erfahren, dass mich die Regierung ernannt hatte (lacht). Am Anfang konnte ich es nicht glauben.

Verstehst du dein Amt als Unterstützung für die Regierung Bernardo Arévalos?

Ja, definitiv. Ich bin nicht Mitglied der Regierungspartei Semilla. Die Arbeit unserer Organisation hat den Präsidenten überzeugt. Mir geht es vor allem darum, die Maya-

Denkst du, dass du während deiner Amtszeit etwas ändern kannst?

Ein Problem ist, dass die Finanzmittel sehr begrenzt sind. Unterernährung ist ein großes Problem. Die Behörde, die für den Kampf gegen Unterernährung zuständig ist, bringt nur Nahrungsmittel zu Kindern, die schon im Krankenhaus sind. Meine Kritik an der Regierung ist, dass die Institutionen teilweise wie früher weiterarbeiten. Es müsste aber neue Schwerpunkte geben. Zum Beispiel sollte der Erfahrungsaustausch zwischen

Angelina Aspucac möchte die Rechte der Maya-Bevölkerung stärken und das Problem der Unterernährung bekämpfen.

armen Familien und solchen, die sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgen, gefördert werden. Es können einige Dinge verändert werden. Ich hänge aber sehr von den Entscheidungen ab, die weiter oben in der Regierung getroffen werden.

Wie groß ist der Einfluss des sogenannten Pakts der Korrupten noch?

Wenn es nach mir ginge, würde ich z. B. den Landwirtschaftsminister austauschen. Der aktuelle Minister gehört aus meiner Sicht den rechten und korrupten Kreisen an. Das Problem ist, dass die Leute mit viel Regierungserfahrung an den vergangenen drei Regierungen beteiligt waren. Das sind die Korrupten. Und dann gibt es die Ehrlichen. Aber die haben keine Regierungserfahrung. Die Regierung musste im Kongress Zugeständnisse an den sogenannten Pakt der Korrupten machen, um Unterstützung für Gesetze zu bekommen. Die Macht dieser Leute ist nach wie vor sehr groß.

Vor einigen Monaten wurde ich schwer diffamiert. In einer landesweiten Zeitung wurde ich beschuldigt, in Korruptionsfälle verwickelt zu sein. Für mich war das ein Schock. Das war natürlich alles erfunden. Einige Bürgermeister*innen haben sich mit mir solidarisiert und auf einer Pressekonferenz gesagt, dass ich anständig und nicht korrupt bin. Das war ein positives Erlebnis im vergangenen Jahr!

Hast du noch Kontakt zu den Kolleginnen von AFEDES?

Sie unterstützen mich moralisch. Zum Beispiel kamen sie, als ich zum ersten Mal am regionalen Entwicklungsrat teilnehmen musste. Da wird hart diskutiert. Die Kameradinnen zu sehen, hat mir viel Kraft gegeben!



Für die Rechte indigener Gemeinden

Indigene Gemeinden in Guatemala, El Salvador und Honduras kämpfen um ihr Recht auf Selbstbestimmung. Besonders Frauen spielen eine zentrale Rolle: Sie setzen sich für den Schutz und die Bewirtschaftung ihrer Territorien ein, engagieren sich in sozialen und politischen Organisationen und bewahren ihr traditionelles Wissen in Medizin, Ernährung und Handwerk als Teil ihres kulturellen Erbes. Ein neues regionales Projekt der CIR unterstützt Weberinnen in Guatemala, Maya-Ch'ortí-Frauen in Honduras und Nahua-Pipil-Frauen in El Salvador bei der Verteidigung ihrer angestammten Lebensräume und ihrer kulturellen Praktiken.

Helfen Sie ihnen mit Ihrer Spende dabei, mehr Gleichberechtigung und Anerkennung zu erreichen!

Stichwort «INDIGENE FRAUEN»

Sie fordert Gerechtigkeit: Martha Velarde ist eine der Betroffenen der Bergbaukatastrophe in der mexikanischen Region Sonora und führt die Lieferkettenbeschwerde gegen Aurubis an.



Endlich Konsequenzen für Aurubis? CIR reicht Lieferkettenbeschwerden ein

Der Kupferhersteller Aurubis wurde kürzlich mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet, obwohl die Zivilgesellschaft seit Jahren Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau für den Konzern anprangert. Gemeinsam mit Betroffenen und Organisationen aus Mexiko und Panama hat die CIR nun zwei Beschwerden im Rahmen des Lieferkettengesetzes eingereicht.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Aurubis zeigte sich im November 2024 sichtlich stolz: Der Nachhaltigkeitspreis zeige „Aurubis‘ führende Rolle in der Nachhaltigkeit und würdigt das Unternehmen zugleich für seine Aktivitäten bei der CO₂-neutralen und zirkulären Metallgewinnung“, freut sich der Kupferhersteller. Dass Aurubis in diesen Bereichen Fortschritte gemacht hat, ändert allerdings nichts daran, dass beim Kupferbergbau noch immer Umwelt zerstört und Menschenrechte verletzt werden.

Die Kupfergruben verschlingen Unmengen an Wasser, während Gewässer mit Schwermetallen kontaminiert werden. Trotzdem wird weiter und immer mehr gegraben. Zum einen, weil Kupfer z. B. für den Bau von Windrädern und E-Autos für die deutsche Energiewende benötigt wird. Lateinamerikanische Wissenschaftler*innen sprechen in diesem Zusammenhang vom grünen Kolonialismus: Die Umweltkosten einer einseitigen grünen Wirtschaftstransformation

Der Abbaukrater der Mega-Mine in Panama ist auch nach der vorläufigen Schließung noch umweltschädlich. Private Sicherheitskräfte bewachen die Mine, nachdem es zu Protesten kam.



in den Industrieländern werden auf sogenannte Opferzonen, oft im Globalen Süden, abgewälzt. Zum anderen fordern Politik und Wirtschaft im Globalen Norden immer mehr Rohstoffe für unbegrenztes Wirtschaftswachstum.

Proteste gegen Bergbau in Panama und Mexiko

Ende 2023 demonstrierten in Panama tausende Menschen gegen eine der größten Kupferminen weltweit, betrieben vom kanadischen Konzern First Quantum Minerals. Das Parlament hatte einem Abbauvertrag zugestimmt, den die Bevölkerung als ausbeuterisch einstufte. Das Unternehmen hatte bereits seit 2019 ohne gültigen Vertrag – also illegal – mitten in einem Naturschutzgebiet große Mengen Kupfererz abgebaut. Dennoch ging die Polizei äußerst repressiv gegen die demonstrierenden Bauern und Bäuerinnen, Indigene und Studierende vor. Fünf Menschen starben durch die Gewalt, hunderte wurden verletzt oder willkürlich verhaftet. Zwar wurde das Bergbauprojekt am Ende geschlossen, aber der riesige Abbaukrater, aus dem weiterhin giftige Schwermetalle gewaschen werden, bleibt. Die Umweltorganisation CIAM befürchtet, dass ein mit giftigem Schlamm befülltes Rückhaltebecken der Mine brechen und eine Umweltkatastrophe verursachen könnte.

Eine solche Katastrophe ereignete sich 2014 in der mexikanischen Region Sonora. Dort gelangten 40.000 Kubikmeter Kupfersulfat in den gleichnamigen Fluss und kontaminier-



ten Menschen und Umwelt. Im vergangenen August jährte sich die schlimmste Bergbaukatastrophe in der Geschichte Mexikos zum zehnten Mal. Doch sie gehört für die betroffenen Menschen nicht der Vergangenheit an. Das Fluss- und Grundwasser ist nach wie vor mit Schwermetallen belastet. Einer staatlichen Studie zufolge haben die Anwohner*innen hohe Schwermetall-Konzentrationen im Blut. Viele sind krank geworden.

Der verantwortliche Konzern Grupo México schuldet den Betroffenen bis heute 36 zugesagte Wasserreinigungsanlagen für sauberes Trinkwasser und ein Krankenhaus. „Heute erinnern wir uns an zehn Jahre der Straflosigkeit und des Missbrauchs verarmter Territorien. Zehn Jahre der Missachtung jener, die Gerechtigkeit fordern“, klagt Martha Velarde, Anführerin der Lieferkettenbeschwerden, bei einer Gedenkveranstaltung an. Martha hat selbst Schwermetalle im Blut und leidet an Leberproblemen. Sie fordert seit Jahren Wiedergutmachung, während der Bergbaukonzern ein neues Schlammbecken mit immer mehr toxischen Rückständen befüllt und die Sicherheit der Menschen gefährdet. >



Betroffene in Mexiko fordern: „Gesundheit für unsere Kinder!“

Lieferkettenbeschwerden fordern Konsequenzen ein

Recherchen der CIR aus dem Jahr 2024 deckten auf, dass Aurubis Kupfererz aus den Minen in Panama und Mexiko importiert hat. Seit Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes 2023 sind deutsche Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeiter*innen per Gesetz dazu verpflichtet, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten umzusetzen. Dazu gehört auch, die Lebensgrundlagen von Menschen zu erhalten und Gewalt zu verhindern. Gemeinsam mit Organisationen und Betroffenen vor Ort hat die CIR im Februar zwei Beschwerden gegen Aurubis bei der zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), eingereicht.

Die darin erhobenen Vorwürfe dürften den Kupferproduzenten nicht überraschen. Bereits 2019 klagte die CIR die Bergbaukatastrophe in Mexiko an, 2024 dann die Lieferbeziehungen mit der illegalen Mine in Panama. Aurubis spricht zwar von „Verantwortung in der Lieferkette“, doch bei den konkreten Fällen schiebt das Unternehmen genau diese an die Bergbaukonzerne ab. Für die betroffenen Menschen ist das nicht hinnehmbar – schon aufgrund der riesigen importierten Mengen. Im Jahr 2023 gelangte laut Statistischem Bundesamt Kupfererz im Wert von über 150 Millionen Euro allein aus Panama nach Deutschland.

Leider wird das deutsche Lieferkettengesetz derzeit von Parteien wie der CDU als nutzlose Bürokratie diffamiert. Die Fälle in Mexiko und Panama zeigen jedoch: Rohstoffimporteure wie Aurubis müssen endlich Verantwortung übernehmen. Betroffene wie Martha Velarde hoffen, dass das BAFA Aurubis auffordert, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation umzusetzen. Sie brauchen dringend eine angemessene Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung sowie Schutz vor erneuten Umweltkatastrophen. ■

Alternativen zur Ausbeutung der Natur

Bergbau ist aktuell auch in Mittelamerika auf dem Vormarsch, vor allem der besonders umweltschädliche Goldbergbau. Der salvadorianische Präsident Nayib Bukele kriminalisiert die Umweltbewegung und hat Ende 2024 das hart erkämpfte Bergbauverbot abgeschafft.

Im Rahmen eines regionalen Projekts unterstützen vier Partnerorganisationen der CIR betroffene Gemeinden in ihrem Kampf gegen die Rohstoffausbeutung. Das Netzwerk fordert mit seiner Kampagnenarbeit das Ende von zerstörerischen Bergbauprojekten und stellt nachhaltige Alternativen in den Vordergrund. **Bitte unterstützen Sie diese mutige Arbeit mit einer Spende!**

Stichwort «GERECHTE WIRTSCHAFT»

Palmen so weit
das Auge reicht.
Keine schöne
Natur, sondern
Lebensgrundlagen-
zerstörende
Monokultur

Introdienst
Palmöl

Landraub im Namen der Ölpalme

*Im Oktober 2024 reisten die CIR-Projektreferent*innen Anderson Sandoval und Alejandra Castro de Klede nach Guatemala – mit dem Ziel, sich ein Bild von der lokalen Palmölproduktion zu machen, die das Leben vieler Indigener gefährdet. Ein Reisebericht.*

TEXT: ANDERSON SANDOVAL UND ALEJANDRA CASTRO DE KLEDE (BEIDE CIR)



Es ist Dienstagfrüh, die Bewohner*innen des Dorfes Telemán im Departamento Alta Verapaz sind bereits auf den Beinen. Menschen füllen die engen Gassen. Schwere, vollgeladene LKW brettern die Hauptstraße entlang. Sie transportieren Obst, Kautschuk und vor allem: Ölpalmenkerne. Es ist ein gewöhnliches Bild für die rund 4.500 Einwohner*innen, denn Telemán ist das Tor zur ländlichen Region Polochics und damit ein Knotenpunkt des Agrartransports. Nach dem Frühstück machen wir uns auf den Weg zur Gemeinde Venecia der Maya Q'eqchi. Wir möchten einen Eindruck von den Ölpalmenplantagen in indigenen Territorien gewinnen. Begleitet werden wir unter anderem von José Luis Caal, dem Vertreter der CIR-Partnerorganisation CONGCOOP, sowie von Juan Bautista Xol, einem Journalisten der lokalen Nachrichtenagentur Prensa Comunitaria.

Als wir losfahren, teilt José Luis uns mit, dass sich die Sicherheitslage in der Region zuge-spitzt habe. Exakt an diesem Morgen sei in der Nähe ein Fischer und Umweltaktivist aus dem Munizip El Estor ermordet worden. Sein Tod werde mit dem lokal organisierten Widerstand gegen das umstrittene Fénix-Bergbau-projekt in Verbindung gebracht.

So weit das Auge reicht

Nach wenigen Kilometern sind bereits die ersten Monokulturen zu sehen. Die Landschaft wird in diesem Teil des Landes von Ölpalmen dominiert. Plantagen erstrecken sich auf beiden Seiten der Landstraße, sodass wir für den Rest der fast einstündigen Fahrt kaum andere Pflanzen sehen. Wir passieren das Gebiet Panacté. Der hiesige Flugplatz sowie die lokale Mühle gehören dem Palmölkonzern NaturAceites¹. Gerne hätten wir uns auch >

FOTO: CIR

1) NaturAceites ist eins der Unternehmen, denen die CIR im Report „Im Schatten der Ölpalme“ aus dem Januar 2024 Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden im Zusammenhang mit Palmölproduktion auch für den deutschen Markt nachweisen konnte.



Die Gemeindemitglieder leben in direkter Nähe zu den Palmöl-Monokulturen.

dessen Fabrik angeschaut, doch davon rät man uns ab: „Jedes fremde Gesicht könnte vom Unternehmen als Provokation gesehen werden.“

Am Ziel angekommen, schlägt uns die Hitze ins Gesicht, genauso wie unzählige Fliegen – eine Plage, die vom für die Ölpalmen verwendeten Düngemittel verursacht wird. Rund 30 Anführer*innen der umliegenden indigenen Gemeinden und mehrere Einwohner*innen von Venecia heißen uns willkommen. Es ist das erste Mal, dass eine Nichtregierungsorganisation sie besucht. In einer Holzhütte, die als Gemeinschaftsraum dient, berichten sie uns von der aktuellen Landsituation.

Vertrieben vom eigenen Land

Heute liegt die Gemeinde Venecia inmitten einer Ölpalmenmonokultur. Einst wurde das Land jedoch traditionell bewohnt. „Als wir Kinder waren, lebten wir hier mit unseren Familien und betrieben Ackerbau“, erinnert sich ein Gemeindemitglied. Während des Bürgerkriegs in den 80er und 90er Jahren sei jedoch der Druck von Großbäuerinnen und -bauern immer stärker geworden, bis diese eines Tages ihre Kühe auf die angelegten Mais- und Bohnenfelder losgelassen hätten. „Als wir mehr Widerstand leisteten, ermordeten sie vier Mitglieder unserer Gemeinde. Uns blieb nichts anderes übrig, als wegzugehen.“ Ganze Familien hätten sich anfangs in den Bergen versteckt. Später seien sie von Ort zu Ort gezogen, jedoch ohne sich jemals

wieder anzusiedeln zu können. Eine Rückkehr blieb für die ehemaligen Einwohner*innen lange unmöglich. Ihr Land wurde mehrmals verkauft und ab 2005 schließlich für die ersten Ölpalmenplantagen zweckentfremdet. Heute beansprucht NaturAceites das Gemeindegebiet gänzlich für sich, obwohl das Unternehmen keinen gültigen Landtitel besitzt.

Schikane durch Palmölkonzern

Im Jahr 2016 beschlossen rund 40 Familien, in das Venecia-Gemeindeland zurückzukehren und ihre Häuser wieder aufzubauen. Die Familien sehen sich seitdem mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, denn NaturAceites erschwert die Wiederansiedlung der Gemeinde. Die Einwohner*innen werden gehindert, ihre Äcker zu bestellen, die Wasserquelle ist verschmutzt, sie haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung und bekommen keine Genehmigung für die Gründung einer Bildungseinrichtung. Keins der 60 Kinder aus Venecia geht aktuell zur Schule, da es schlicht und einfach keine in der Nähe gibt. Ein Gemeindevertreter erklärt: „Ich habe wiederholt beim Bürgeramt um eine Schule für unsere Gemeinde gebeten. Doch sie wird uns aufgrund der Landkonflikte verweigert.“ Den Behörden zufolge könne nur NaturAceites selbst die Erlaubnis für eine Schule



Von einem Besuch der gut geschützten Fabrik des Palmölkonzerns NaturAceites wurde den CIR-Referent*innen abgeraten.



Eine Gemeinde kämpft um ihr Land und gibt den CIR-Referent*innen Alejandra Castro Klede (5. v.l.) und Anderson Sandoval (4. v.l.) einen Einblick in ihren Alltag am Rande der Palmöl-Monokulturen.

erteilen. Doch das tut das Palmölunternehmen nicht. Ähnlich verhalte es sich mit dem Bau eines Gesundheitszentrums.

Der Widerstand wächst

Trotz der Widrigkeiten haben sich zehn Q'eqchi-Gemeinden in einem „Rat zur Verteidigung des angestammten Territoriums“ organisiert, um ihre Landrechte geltend zu machen. Don Roque, Sprecher des Rates, sagt: „Wir werden für unser Land, das uns geraubt wurde, kämpfen. Denn heute wissen wir, dass gemäß dem Übereinkommen 169 über Indigene Völker der Internationalen Arbeitsorganisation unsere Eigentums- und Besitzrechte an diesem Land anzuerkennen sind.“

Mit schwerem Herzen fahren wir zurück nach Telemán. Die große Ungerechtigkeit, die den Q'eqchi-Gemeinden in Polochic widerfährt, aber auch ihr mutiger Kampf haben uns tief bewegt. Als sich unser Pick-up seinen Weg durch das Labyrinth der symmetrisch aus dem Boden sprießenden Ölpalmen bahnt, ist uns klar: Die Menschen hier brauchen unseren entschlossenen Beistand und tatkräftige Unterstützung. ■

FOTOS: CIR

Frauenrechte schützen!

Frauen sind von den Auswirkungen der Palmölproduktion besonders betroffen. Der Einsatz von Pestiziden vergiftet natürliche Wasserquellen. Für Frauen, die den Großteil der Care-Arbeit leisten, ist dies eine zusätzliche Belastung. Sie müssen längere Wege zurücklegen, um an sichere Wasserquellen zu gelangen, und Familienmitglieder pflegen, die erkranken.

Deswegen unterstützt die CIR-Partnerorganisation CONGCOOP insbesondere Frauen dabei, ihre Rechte einzufordern. Die Frauen organisieren Treffen mit Regierungsinstitutionen, um in den Dialog zu treten und Maßnahmen zur Wahrung ihrer Rechte auf Wasser, Land und eine gesunde Umwelt zu erwirken. **Mit Ihrer Spende helfen Sie den Frauen dabei, wichtige natürliche Ressourcen zu schützen!**

Stichwort «CONGCOOP»

Neuigkeiten aus dem CIR-Team

Wie Sie bestimmt bereits gelesen haben, mussten wir uns schweren Herzens von unserer Kollegin **Anne Nibbenhagen** verabschieden, die nach über 30 Jahren CIR-Arbeit in den Ruhestand geht. Wir haben Anne nicht ohne eine große Abschiedssaure (siehe Foto) und das Versprechen auf viele CIR-Besuche ziehen lassen.

Auch **Robin Killenbec** hat Ende 2024 die CIR verlassen. Robin hat ein Jahr lang im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mitgewirkt und besonders unserer Social Media-Arbeit neuen Schwung verliehen. Vielen Dank für deinen Einsatz. Wir werden euch beide vermissen!



Im November 2024 fand unsere **Mitglieder-versammlung** statt. Gemeinsam blickten wir auf 40 Jahre Solidaritätsarbeit mit unserem Partnerland Nicaragua zurück und reflektierten diese kritisch. Zugleich richteten wir den Blick nach vorn: auf das CIR-Jahr 2025, in dem unser Einsatz für Menschen- und Arbeitsrechte in einem veränderten internationalen Kontext weitergeht. Wir sind gespannt auf alles, was kommt.

FOTO: CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusage wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 / 67 44 13-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4-jährlich 1/2-jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Fördermitgliedschaft
 Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an: shop@ci-romero.de

**NOCH EINFACHER
ONLINE BESTELLEN:**

www.ci-romero.de/bestellen

Junge Besteller*innen aufgepasst: Wer 15-30 Jahre alt ist und privat bestellt, erhält unsere Materialien jetzt kostenlos! Einfach «U31» in das Rabattcode-Feld im Shop eingeben oder hier auf den Bestellzettel schreiben.

Romero Initiative	EURO	EXPL.	Kritischer Konsum	
presente 1/2025 (vorliegend)			Toys Report 2024 – Barbies geheuchelter Feminismus	nur als Download verfügbar
Flyer: Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR Schnelle Hilfe in Not	gratis		Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2022)	2,00
CIR-Spendenbox für öffentliche und private Veranstaltungen			Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2022): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie	gegen Porto
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft			Aktionszeitung: BRENNPUNKT Spielzeug ist politisch!	
Faire öffentliche Beschaffung		Minibroschüre mit saisonalen Rezepten: Menü4Münster <input type="checkbox"/> Sommer <input type="checkbox"/> Herbst <input type="checkbox"/> Winter <input type="checkbox"/> Frühling		
Flyer: Von der Idee in die Praxis - Beratungsangebot der CIR für eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung	gegen Porto		Prospekt-Persiflage (Adbust) LIDL <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> Was hinter Schnäppchen steckt EDEKA <input type="checkbox"/>	
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-Saft <input type="checkbox"/> Bananen <input type="checkbox"/> Fleisch <input type="checkbox"/>			Faktencheck 2023: Marktmacht versus Hungerlöhne – Orangensaft mit bitterem Beigeschmack	
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin			Agrarökologie	
Kleidung			Leporello/Faltbüchlein: Visionen und Gründe für eine Agrar- und Ernährungswende	gegen Porto
Minibroschüre: Reclaim Fashion	gegen Porto		Bericht und Positionspapier: Agroecology for Future – EU-Ernährungspolitik für eine globale Ernährungswende gestalten) (nur als Download verfügbar)	
Sticker-Karte: Reclaim Fashion			Supermärkte und Lebensmittel	
Poster: Fast Fashion-Wimmelbild			Palmöl-Report 2024 Deutsch/Englisch (nur als Download verfügbar)	
Minibroschüre: Offensiv für Fairplay – Das nachhaltige Trikot: Anstoß für Fans und Vereine			Bildungskartenset zum Welternährungs-Wimmelbild	gegen Porto
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion		Welternährungs-Wimmelbild (DIN A2)		
Broschüre: Moral im Abseits – Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00	Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		
Foto-Posterreihe zur Bekleidungsindustrie: Nach St(r)ich und Faden (6 Poster in DIN A1)	20,00		Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie	
Klimagerechtigkeit			Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittelverpackungen mai vietnamesische handicrafts DIN A4	5,00
Studie: Die Klimakrise in Mittelamerika und Deutschlands Verantwortung – nur als Download verfügbar			Kochbuch: Gutes Essen für alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00
Plakat: Die Klimakrise hat viele Gesichter! (A2)	gegen Porto		Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der Werkmappe Supermärkte, vielen Aktionsmaterialien	10,00
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe			Wanderausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)	
Systemwandel				
Wanderausstellung: Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen (3 Stecktürme) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/Telefon)				
Leitfaden: Wandelmot! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten	3,00			
Aktionspostkarte: Finde den fatalen Fehler, Aurubis!	gegen Porto			
Sticker-Postkarte: Weltwirtschaft wandeln – Zukunft gestalten				
Leporello/Faltbüchlein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.				

beiliegend
NEU!

NAME / ORGANISATION

STRASSE / HAUSNUMMER

PLZ / ORT

TELEFON / FAX

E-MAIL

DATUM / UNTERSCHRIFT

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

BESSERE MODE für eine bessere Welt!



Wer zahlt den Preis für unsere billige Kleidung? Brauchen wir jeden neuen Trend? Wie können wir Mode wieder nachhaltig und fair gestalten?

Mit diesen Fragen müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir uns eine gerechtere und zukunftsfähige Modewelt wünschen. Denn der Status quo der Bekleidungsindustrie basiert auf der Ausbeutung von Arbeiter*innen und natürlichen Ressourcen, auf Überproduktion und Konsumwahn. Online-Plattformen wie SHEIN und Temu prägen das System der Ultra Fast Fashion, das den Markt immer schneller mit immer mehr Kleidungsstücken überschwemmt. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal, die Umweltschäden durch billige Materialien, mit gefährlichen Chemikalien belastete Stoffe und einen enormen CO₂-Ausstoß kaum überschaubar.



Während sich die Erde in einer Klimanotlage befindet, treibt das Modesystem die Umweltverschmutzung, den Ressourcenverbrauch und die soziale Ungleichheit immer weiter an. Es ist Zeit für eine radikale Wende! Mit dem Konzept Just Transition fordern wir einen gerechten Wandel der Modeindustrie. **Ganz konkret wollen wir:**

- ✓ **Ressourcen schonen und Überproduktion beenden**
- ✓ **Menschenrechte schützen und gerechte Arbeit fördern**
- ✓ **Treibhausgasemissionen und Umweltverschmutzung reduzieren**
- ✓ **Demokratisierung und Umverteilung vorantreiben**

Dieser Wandel wird nicht von allein geschehen. Wir müssen die Machtverhältnisse in der Modebranche hinterfragen und verändern. Freiwillige Initiativen reichen hier nicht aus – es braucht verbindliche Gesetze, faire Handelsbedingungen und entschlossene politische Maßnahmen. Gemeinsam können wir die Modebranche transformieren und eine Zukunft schaffen, in der Mode nicht länger ein Symbol von Ausbeutung, sondern von Solidarität, Innovation und Nachhaltigkeit ist.

Just Fashion, also gerechte Mode, steht für eine rebellische Gegenbewegung mit bewusstem Konsumverhalten und dem Mut, Stellung zu beziehen. **#LassAndersMachen: Es ist Zeit, uns die Modewelt zurückzuerobern!**

Inspiration und Handlungsmöglichkeiten gibt es in der beiliegenden Mini-Broschüre „Reclaim Fashion“.



Mehr zum Thema auf der Webseite:
www.gruenemode.org

